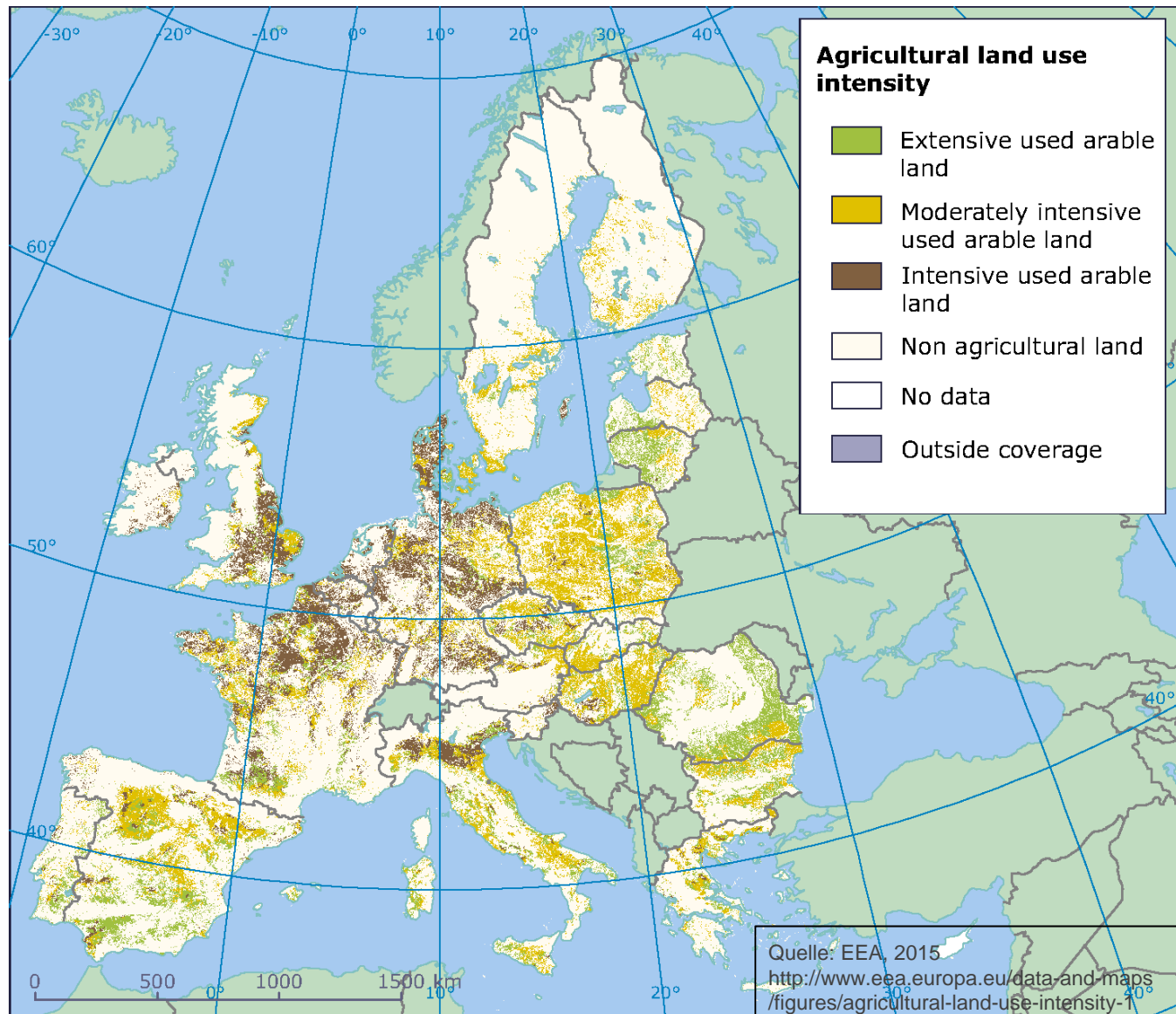


Reform der 1. Säule der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik 2020 - 2026



Dr. Stefan Möckel 15.3.2018, Berlin

Ziele der GAP 2020 ff.

- Ziele des Art. 39 AEUV: Steigerung der (Arbeits-)Produktivität; angemessene Lebenshaltung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, Marktstabilität, Versorgungssicherheit, angemessene Preise
- neue Ziele: **Erhalt/Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum** + **Vereinbarkeit von Ökologie und Agrarwirtschaft**

Instrumente der GAP nach AEUV

- Gemeinsame Organisation der Agrarmärkte mit u.a. europäischen Marktordnungen für Erzeugnisse, Preisregelungen, Beihilfen für die Erzeugung und die Verteilung, Garantiefonds ... (Art. 40)
- Koordinierung und Finanzierung der Berufsausbildung, der Forschung und der Verbreitung landwirtschaftlicher Fachkenntnisse (Art. 41)
- Maßnahmen zur Förderung bestimmter Erzeugnisse (Art. 41)
- **Beihilfen zum Schutz von Betrieben, die durch strukturelle oder naturgegebene Bedingungen benachteiligt sind (Art. 42)**
- **Beihilfen im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklungsprogramme (Art. 42)**
- **allgemeines Umweltschutzerfordernis (Art. 11)**

Vorschlag für eine Neustrukturierung der GAP

1. Vereinbarkeit von Ökologie und Agrarwirtschaft

- **allgemeinverbindliche Mindestanforderungen** an die landwirtschaftliche Bodennutzung im europäischen Umweltrecht (gestützt auf Art. 191-193 AUEV), welche Erreichung der Umweltziele der EU (u.a. FFH-RL, Vogel-RL, WRRL, NERC-RL, Paris-Verpflichtung) sicherstellt
- europäische Ermächtigung der Regionen und Kommunen zum Erlass standortbezogener ordnungs-/planungsrechtlicher Anforderungen und zur Vergabe von ELER-Mitteln (gestützt auf Art. 191-193 AUEV)
- EU-Abgaben auf Pestizide, Importfutter und Mineraldünger

2. Erhalt und Schaffung landwirtschaftlicher Arbeitsplätze

- statt flächenbezogener Direktzahlungen > **Betriebsprämie je Arbeitskraft** (generell oder unterhalb einer Gewinnobergrenze je AK)
- statt jährlicher Antragstellung > Gewährung für 3-5 Jahre
- Kürzung der AK-Prämie im Fall von Verstößen gegen allgemeinverbindliche Mindestanforderungen (Cross-Compliance-Konzept)
- mittel-/langfristig: statt Beihilfen zur Einkommensunterstützung > gesetzliche **Mindestpreise für Agrarprodukte** (! ohne staatliche Abnahmegarantie, sondern ähnlich Mindestlohn als Preisuntergrenze für Kaufverträge)

Instrumentenvergleich bei ökol. Mindestanforderungen

	Ordnungsrechtliche Anforderungen	Cross Compliance-Anforderungen mit glöZ und Greening-Anforderungen
Zweck	ökologischer Mindeststandard für Landwirtschaft	
Verbindlichkeit	gegenüber jedem Landwirt	nur gegenüber Direktzahlungsempfänger
Kontrolle	nötig und aufwendig	
Durchsetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Anordnungen mit Möglichkeit des Verwaltungszwangs • teilweise Ordnungswidrigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • nachträgliche Kürzung der Direktzahlungen
Genehmigung	aktuell keine erforderlich	jährliche Antragsstellung
Kosten	<ul style="list-style-type: none"> • Kontrolle 	<ul style="list-style-type: none"> • Kontrolle + • Beihilfeverwaltung + • Beihilfe selber (50 Mrd. €/a in EU, 4,8 Mrd. €/a in D)
Effektivität und Effizienz	hoch	niedrig